

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hofstetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Spandauerbrücke 3, sowie unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin**, 18. Jan. [Landtagsverhandlungen.] Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine 3. Sitzung.

Präsident Grabow zeigte an, daß vom Dr. Jacobi ein Schreiben eingelaufen sei, in welchem er melde, daß er verhindert sei, im Hause zu erscheinen, da er eine 6monatliche Freiheitsstrafe verbüße. — Der Justizminister zeigte in einem Schreiben an, daß er den in Betreff des Abg. v. d. Leeden gefassten Beschluß des Hauses dem Appellations-Gericht zu Breslau sofort zu Telegramm mitgeteilt habe. — Abg. Dr. Birchow hat folgenden Antrag gestellt: „Das Haus wolle beschließen, zu erklären: Die von dem Minister-Präsidenten in der Eröffnungsrede im Namen der Regierung abgegebene Erklärung über die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preussens widerspricht deutlich den Bestimmungen der Preussischen Verfassung. Das Haus der Abgeordneten erklärt daher jede Vereinigung von Lauenburg mit der Krone Preussens als rechtungsunfähig, als die Zustimmung des Preussischen Landtages nicht erfolgt ist.“ Auf Antrag des Abg. Dr. Birchow wird dieser Antrag einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Abg. Dr. Becker (Dortmund) überreicht den Antrag: Das Haus wolle beschließen: „Der zwischen der Königl. Staatsregierung und der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft unter dem 10. August 1855 geschlossenen und durch die Gesetzesammlung veröffentlichten Vertrag, betreffend die Aufhebung der dem Staate zustehenden Amortisation der Köln-Mindener Eisenbahn-Aktien nach seiner Verfassungsmäßigkeit zu prüfen.“ Auch dieser Antrag geht an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern.

In Betreff zweier Anträge der Abg. Birchow und v. Hoyerbeck wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abg. Dr. Frese (Minden) und Dr. Lünig ward Schlussberatung im Hause beschlossen und der Präsident ernannte den Abg. Akermann zum Referenten.

Der Finanz-Minister überreicht den Staatshaushalt-Etat für das Jahr 1866. Derselbe schließt ab mit einer Einnahme und Ausgabe von 157,237,199 Tblr., und zwar 147,932,243 Tblr. an fortdauernden u. 9,304,956 Tblr. an einmaligen außerordentlichen Ausgaben.

Der Finanz-Minister fügt dieser Vorlage einige Erläuterungen hinzu, aus denen sich die glänzende Lage unserer Finanzen ergeben soll. Ueber die Behandlungsweise des Budgets erhebt sich eine lange Geschäftsordnungs-Debatte, indem Abg. Twesken zunächst den Antrag stellt, die Beschlussfassung auszusetzen, bis das Haus Kenntniss vom Etat genommen. Dieser Antrag wird vielfach bekämpft und vom Antragsteller zurückgezogen, der dafür nunmehr den Antrag stellt, eine Vorberatung im Hause über das Budget eintreten zu lassen. Auch über diesen Antrag erhebt sich eine kurze Debatte, nach deren Schluss der Antrag abgelehnt wird. Es stimmt nur ein Theil der Fortschrittspartei dafür.

Der Finanzminister überreicht ferner Verträge mit Anhalt, mit Luxemburg und mit Bremen wegen Fortdauer des Zollvereins, sowie den Schiffahrts-Vertrag mit England. Die Verträge gehen an die Commission für Finanzen und Zölle und Handel und Gewerbe.

Der Handels-Minister Graf Henckell überreicht den Handelsvertrag mit Italien. Der Vertrag wird einer besondern Commission überwiesen.

Ferner überreicht der Handels-Minister einen Gesetz-Entwurf betreffend die Festsetzung des Medicinal-Gewichts. Der Gesetz-Entwurf soll erst gedruckt werden. Es folgen Wahlprüfungen.

(So weit bis Schluß der Redaction, 2 1/2 Uhr.)

— [Ueber die Habsburg-Hohenzollernsche Allianz] schreibt die Wiener (alte) „Presse“: „Ja, wir müssen in der deutschen Frage es gründlich aufgeben, von Verpflichtungen zu sprechen, welche wir gegen Andere haben sollen, aber kein Anderer für uns haben will; von Verträgen zu reden, welche nur eine Seite binden sollen, und zwar unsere eigene. Wie jetzt die Dinge stehen, so könnte es leicht passieren, daß wir gegen die preussischen Präntensionen in den Herzogthümern ernstlich antreten müssen, daß England und Frankreich unsere Ansichten secundiren und daß Preußen uns dann auffordert, ein Armeecorps an den Rhein zu stellen, weil es gerade dieser Frage wegen sich von Frankreich bedroht sieht. Wir müßten dann unsere Bundesgenossen bekämpfen und unseren Feinden zu Hilfe eilen. Deutschland ist bedroht, aber nicht von Frankreich, sondern von Preußen. Der Angriff auf den Augustenburger ist die Overture zum Angriff auf Mecklenburg und Hannover, auf Braunschweig und Sachsen, auf Hamburg und Lübeck. Jener Theil von Deutschland, der nicht an Preußen fallen will, bedarf unseres Schutzes und kann ihn haben, wenn er nicht, wie bisher, des Glaubens leben will, daß dieser Schutz unsere Pflicht sei, in unserem eignen Interesse liege und daß er uns dafür weder einen Dank, noch eine Leistung schuldig sei. Jenes gefährdete Deutschland, dem Preußen an die Gurgel und an das Leben greift, wird und muß sich eines Tages in einem engeren Bund zusammenschließen, welcher die deutsche Frage weiter bringen wird, weil er sie von jenen Dunkelheiten und Nebeln befreit, unter deren Schutz jetzt der Wolf auf seinen Raub auszugehen vermag.“

Daß wir diesen Standpunkt ebenso wenig als einen deutschen gelten lassen können, wie den der gesammten großpreussischen particularistischen Presse, brauchen wir nicht erst zu sagen. Wir fähren eine solche Stimme, welche wohl ebenso berechtigt ist, wie die der Großpreußen, nur an, weil daraus ein Jeder, der noch nicht zur Einsicht gekommen ist, ersehen muß, daß die Lösung der deutschen Frage im deutschen nationalen Sinne weder durch Oesterreich, noch durch Preußen, noch auf dem Wege der Bundesreform möglich ist, da alle diese Wege nur zur Zerstückelung und zum Untergang Deutschlands führen müssen. Der einzige Weg zur Einheit im Sinne der Nation ist die Ermannung des Volkes zu einwüthigem Handeln, trotz Philistern und Bayonetten.

— [Die „Volkzeitung“] leitartikelt heute wieder einmal über „den gesunden Sinn des Volkes“, der „einerseits die Träume der social-demokratischen Führer als solche erkennt“, während „andererseits die „Kreuzzt.“ durch ihre Liebäugeleien wahre Wunder bewirkt und so manchen Phantasten ernüchert habe durch ihre Agitationsklingeln.“ „Was im vorigen Jahre noch als bedenkliche Bewegung

erschien“, fährt die „Volkztg.“ fort, „ist in diesem Jahre nur noch eine Regung der Geister, welche sich mehr und mehr zu richtigerer Würdigung der socialen Frage abklärt.“ Der „gesunde Sinn“ des Volkes habe bewirkt, daß „die Agitationen des vorigen Jahres, die Arbeiter gegen die liberale Partei zu mißbrauchen, nunmehr gründlich gescheitert“, daß „die Arbeiterbewegung sich nicht für die Reaction habe ausbeuten lassen.“ Ganz richtig; aber eben deshalb war auch diese Furcht sehr unnöthig, eine Furcht, übrigens, welche niemals ernstlich von jenen Herrn gehegt wurde; dagegen fürchteten sie allerdings, daß der von ihnen so sehr betonte gesunde Sinn des Volkes ihren Schlichen auf die Spur kommen und es mit der Freiheit und Gleichheit einmal ernst nehmen möchte. Und deshalb nahmen sie ihre Zuflucht zu Verdrehungen, Lügen, Verdächtigungen und Verleumdungen, zu einem System, dessen sie sich bei den ihnen zu Gebote stehenden pecuniären Mitteln, fast im Alleinbesitze der ganzen Presse und umgeben von dem Nimbus freiheitlichen Strebens, mit aller Aussicht auf einstweiligen Erfolg bedienen konnten. Jene Furcht aber war sehr, sehr begründet und ist es glücklicher Weise noch heute. Unzweifelhaft wird jedoch der gesunde Sinn des Volkes auch noch jenen Mißbrauch gründlich scheitern lassen, welchen die Agitationen der „liberalen“ Partei mit den Arbeitern treiben. Der gesunde Sinn des Volkes wird mit der Zeit eben so sehr die „Liebäugeleien“ und „Agitationsklingeln“ der „liberalen“ Partei nach ihrem wahren Werthe taxiren und noch gar Mancher wird in dieser Hinsicht „ernüchert“ werden, der heute noch für jene Art von Volkseindern schwärmt. Daher nur nicht zu früh gejubelt!

— [Die Freilassung J. B. v. Schweizer's aus der Untersuchungshaft betreffend], hat das Kammergericht, trotz ärztlicher Zeugnisse, welche eine längere Haft während des Winters für den Gesundheitszustand des Gefangenen als unzulässig erklärten, einen abschlägigen Beschluß gefaßt.

— [Johann Jacoby] macht, wie die Blätter melden, keinen Anspruch darauf, während der Dauer des jetzigen Landtages seine Gefängnißstrafe, welche in etwa fünf Wochen abläuft, unterbrochen zu sehen. Dagegen wünscht er, die nachträglich wegen des Buches über Simon gegen ihn verhängte Gefängnißstrafe erst nach Schluß des Landtages zu verbüßen.

* **Wien**, 17. Jan. [Die preussische Thronrede. Von den Landtagen. Wahlrecht der Frauen. Die deutsche Sprache im Universitätsunterricht. Verlauf der Staatsdomänen. Die venetianischen Emigrirten.] Die preussische diesjährige Kammereröffnungsrede Bismarck's wird in den hiesigen diplomatischen Kreisen als Beweis der in Berlin gegen Oesterreich herrschenden Verstimmung angesehen, da in derselben nicht, wie es im Vorjahre geschehen ist,

Venet
wuth.
zeichn
Mächte
richtige
pathet
„Franz
Kabinete
lité“
wächen
d'rauf
heit n
nire
Abge
„Franz
dieselfe
amerik
nicht in
amerik
ist. D
der nä
wann
oder
so lan
von d
grosse
gen, t
seiner
sten T
In hi
in Ber
um, w
reich
wo er
Napole
um ein
deln, d
selbe
so beh
Stadt“
dürfe
König
und di
italien
einträt
auf di
werden
Dester
gierung
freund
Vorthe
Das
Besität
wesen
setzgeb
die Re
sch d
tühren,
Kamm
— S
großen
Club
11 1/2
Ungeh
loren.
75,000
haben.
den T
es un
einm
Nach
die F
keiner
sich zu
sicht,
meiner
nicht
sonder
der b
Das
Di
für die
in sich
ungst
nicht e
ber d

des „getreuen Aürten,“ Oesterreichs, gedacht wurde. Auch die Zeitungen lassen ihr keine allzu wohlwollende Beurtheilung zu Theil werden. Die ministerielle „Oesterr. Ztg.“ polemisiert besonders gegen die auf die Elbbergsogthümerfrage bezügliche Stelle. Diese stolze und zuversichtliche Sprache, sagt das genannte Blatt, sei durch die Sachlage nicht gerechtfertigt. Die Deutschen Interessen und die Preussischen Ansprüche in der Schleswig-Holsteinischen Sache seien nicht Eins. (Sehr richtig, sowohl im vorliegenden Falle, wie überhaupt.) „Die Deutschen National-Interessen bedingen die Achtung des Rechtes und der Selbstständigkeit jedes einzelnen Bundesgliedes, die Preussischen Ansprüche.“ Die „Oesterr. Ztg.“ leugnet, daß der Gasteiner Vertrag ein Pfand constituirt habe, wie die Thronrede behauptet. Gastein habe das Provisorium neu geregelt, aber kein Pfand für die eine oder die andere schließliche Entscheidung bestellen wollen. „Es bedurfte Gasteins nicht, wenn Preußen jede Lösung, die ihm nicht genehm, in Schleswig-Holstein hintanhaltend wollte; dazu genügt das von ihm im Wiener Frieden erworbene Recht.“ Wenn einmal der Anfang gemacht werde — schließt das ministerielle Blatt drohend — „das Gebiet der bloßen Thatsachen zu betreten, dann könnten von anderen Seiten her andere Thatsachen heranwachsen, welche mit noch zwingenderer Gewalt sprechen, als selbst eine Preussische Thronrede.“ Ein Staatsmann, und wäre es selbst der Graf Bismarck, soll unter keinen Umständen „unter allen Umständen“ sagen. Auch die „Neue freie Presse“ macht sich darüber lustig. „Presse“ und „Ostdeutsche Post“ sprechen sich ähnlich aus. Die Verleihung des schwarzen Adler-Ordens durch den König v. Preußen an Victor Ernannell wird von den Blättern als eine Demonstration gegen Oesterreich aufgefaßt. Aus den Landtagen liegt Einiges von Interesse vor. In Oraz ist eine Denkschrift über die traurige Finanzlage des Landes zur Diskussion gekommen, welche mit sehr großer Freimüthigkeit die Schäden, soweit die Regierung dafür verantwortlich zu machen ist, bespricht. Auch die Ueberbürdung des Landes durch die Militärlast findet darin ihre Stelle. In Prognitz (Mähren) hat sich bei der Wahl eines Oesterr. Abgeordneten auch das schöne Geschlecht stark betheiligt und das ist in Brünn Anlaß zu einer lebhaften Debatte über das Wahlrecht der Frauen geworden. Der Statthalter erklärte, die Ansicht der Regierung nächstens mittheilen zu wollen, einstweilen sei er gegen jenes Wahlrecht. Der Liebhaber der Schönen hatte außerdem auch die Majorität der Männer erhalten und so verlief die Sache ohne Resultat. — In Prag ist Einführung des Sprachenzwiespaltes auch im Universitätsunterricht beantragt und wird wahrscheinlich durchgesetzt werden. Aus „Deutschland“ (Deutsch-Oesterreich) werden dann wohl schwerlich mehr Universitätsbesucher kommen. — Die entschiedene Adresse des Borarlberger Landtages, deren wir schon einmal Erwähnung gethan, hat der Kaiser nicht angenommen, sondern an den Landeshauptmann zurückweisen lassen. Gelesen muß er sie also doch wohl haben. — Aus Paris ist eine für Oesterreich ungünstige Nachricht eingelaufen: Die Vorverhandlungen der Oesterr. Regierung mit dem s. g. v. Haber'schen Consortium wegen Verkaufs der Staatsdomänen haben gezeigt, daß die zu erlangenden Preise mit dem wahren Werthe der Güter nicht im gehörigen Verhältnisse stehen. Herr v. Bely hat deshalb den Auftrag empfangen, seine Bemühungen darauf zu richten, nur für 40 Mill. Grundstücke zu verkaufen, den Rest hingegen für eine neue Anleihe von 350 Mill. hypothekarisch zu verpfänden. — Die in Florenz wohnenden Venetianischen Emigrirten haben in einer heute abgehaltenen Versammlung die Amnestie für nicht annehmbar erklärt.

nicht nur im Kabinete, sondern auch in der kaiserlichen Familie chronisch geworden sind. — Einer der vom Hof verbannten Söhne des Kurfürsten hatte die Absicht kundgegeben, auf dem Landtage in Rassel in seiner Eigenschaft als ritterschaftlicher Abgeordneter zu erscheinen. Der Vater war außer sich, doch hat der Sohn sich angeblich bereit finden lassen, seine Absicht aufzugeben.

Ausland.

* **Paris, 17. Jan.** [Tagesbericht: Ministerrath. Das Gelbbuch. Die „France“ über die preussische Thronrede. Prinz Achille Murat.] Heute war Ministerrath in den Tuilerien. — Die Aktenstücke, welche im gelben Buche Aufnahme finden sollen, sind noch immer nicht alle beisammen, oder vielmehr die Auslese ist noch so wenig vorgefertigt, daß die Eröffnung der Session der Vertheilung dieser Belegstücke um Tage, wenn nicht um Wochen vorausgehen dürfte. Man will auf diese Weise eine lange und auf die auswärtige Politik eingehende Adressdebatte abschneiden. — Die „France“, welche die Preussische Kammereröffnungsrede bespricht, findet, daß überhaupt „in Preußens auswärtiger Politik sichtbar ein Stillstand eingetreten sei; man vertage die Fragen, weil man sie zu lösen nicht vermöchte.“ — Vor ungefähr vierzehn Tagen figurirte der Prinz Achille Murat in dem Prozesse, den ein Pferdehändler der bekannten Größe der Demi-Monde, der Engländerin Cora Pearl, gemacht hatte. Der edle Prinz hat dieser ein schriftliches Zeugniß ausgestellt. Graf Henri de Rochefort, ein Mitarbeiter am Figaro hatte sich in dem genannten Journal einige ganz passende Bemerkungen darüber erlaubt. Der „Prince Achille“, wie man ihn hier fast allgemein zu nennen pflegt, nahm dieses aber sehr übel und sandte ihm durch den Prinzen Jerome Bonaparte-Patterson (ein Sohn des amerikanischen Bonaparte; er steht in französischen Kriegsdiensten und man glaubte längere Zeit, der Kaiser wolle ihn zum Kaiser von Mexiko machen) und den Marquis von Espelletta eine Herausforderung zu. Das Duell fand auf Degeu und, da es stark regnete, in einer Reitschule statt. Der Kampf war lebhaft, aber schnell beendet. Das Hemd des Prinzen wurde von dem Degeu Rochefort's aufgerissen, der dagegen eine unbedeutende Verwundung am Schenkel erhielt. Prinzliche Beschäftigungen! —

* **London, 18. Jan.** [Irland. Fenierproceß. Bericht der „Commission für Ueberwachung der Kinderarbeit.“] Die von dem Lord-Statthalter von Irland auf Grund der Friedenswahrungs-Akte von 1856 erlassene Proclamation des Ausnahmezustandes bezieht sich nicht nur auf Stadt und Grafschaft Dublin, sondern auch auf Waterford und mehrere Theile der Grafschaft Tipperary. Sie soll den Zweck haben, der Polizei die Auffindung der angeblich an manchen Orten in großer Zahl verheimlichten Waffen zu erleichtern; doch findet eine andere Erklärung, daß die Behörden eine so ernste Maßregel in Folge beunruhigender Wahrnehmungen und Benachrichtigungen ergriffen hätten, eben so großen Glauben. Die irische Hauptstadt zeigt jedoch keine Spur von Aufregung und es soll auch im Lande die tiefste Ruhe herrschen. — Ueber die Schuld des Angeklagten O'Mahony, der Stephens' Secretair und Buchhalter in der Expedition des „Irish People“ gewesen war, hatte sich bekanntlich die Jury nicht einigen können. Es wurde eine zweite Jury gebildet und diese hat gestern, wie der „Times“ aus Dublin telegraphirt wird, das Schuldig in allen Punkten ausgesprochen, aber den Gefangenen zugleich der Gnade des Richters empfohlen. Die Sentenz des letzteren erfolgte Johann und lautete auf 5 Jahre Strafarbeit. Heute werden sämmtliche verurtheilte Fenier von Irland nach England herübergebracht. — Die „Commission für Ueberwachung der Kinderarbeit in England“ hat ihren Bericht abgestattet. Es geht daraus hervor, daß Tausende von Kindern, Mädchen und Knaben mit Arbeiten belastet sind, die ihre Kräfte übersteigen, wodurch die Kinder jeder geistigen Kultur entbehren. Die Commission

schätzt die Zahl der Beschäftigten unter 18 Jahren, welche den ganzen Tag und selbst einen Theil der Nacht arbeiten müssen und niemals Gelegenheit haben, sich auch nur die geringste Schulbildung anzueignen, auf mehr als 70,000. Der Bericht stellt überdies fest, daß die Mehrzahl der erwählten Mißbräuche am hellen Tage, ohne jede Heuchelei und unter Berufung auf die bestehende Sitte vollführt werden. Aus einer amtlichen Nachforschung über die Arbeit der Kinder, in den Strohgeflecht-Fabriken vorgenommen, geht nach Zeugnisaussage ehrenwerther Männer hervor, daß die Kinder schon im zartesten Alter zu flechten beginnen müssen. Einige fangen erst mit fünf Jahren an, die größere Mehrzahl aber lernt vom dritten bis vierten Jahre. Mr. White, ein Commissions-Mitglied, sah so ein armes Geschöpfchen, das noch nicht das zweite Jahr erreicht hatte, seine ersten Versuche darin beginnen. Gewöhnlich hält man diese Kinder in ungesunden Zimmern, wo sie wie die Heringe zu dreißig und vierzig zusammengedrängt sind. Manchmal sind die Zimmer so sehr gefüllt, daß man selbst im Winter kein Feuer anmachen kann. Dann werden einige irdene oder blecherne Töpfe mit einigen Kohlen als Heizmaterial benützt. Die Schule wird manchmal mit der Werkstatt verbunden. Sobald die Kinder groß genug erscheinen, unterrichtet sie eine Lehrerin in den Geheimnissen ihrer Kunst. Es scheint dies eine harte Arbeit für die Lehrende sowohl, wie für die Lernenden. Man beginnt damit ihnen Stockschläge zu geben“ (they have the stick at first). Ehe man sie zum Flechten nimmt, müssen die Wärmchen die Stroh-Enden abschneiden, welche aus dem Gewebe hervorstehen. Zu diesem Zwecke giebt man ihnen ganz kleine Sägeen, die mit einem Bindfaden an ihren Hüften befestigt sind. Diese armen Unglücklichen arbeiten während sechs Stunden des Tages, von 9 bis 1 und von 2 bis 4 Uhr. Mit 7 Jahren gehen die Knaben auf den Feldern arbeiten, aber den Mädchen wird ihr Tag um 3 Stunden verlängert, sie kehren zum Flechten von 5 bis 8 zurück. Unter solchen Umständen wird die Erziehung natürlich möglichst vernachlässigt. Die Kinder lernen nur, wenn die Geschäfte stoden. Mitleidige Personen erboten sich, das Schulgeld für die Kinder zahlen, doch die Eltern nahmen es nicht an, da sie die 6—12 Sous (2¼—4½ Sgr.) die ihnen die armen Kleinen täglich brachten, nicht entbehren mochten. Es ist nicht zum wundern, wenn die Kinder, wenn sie nach und nach groß werden, sich sehr wenig um die Eltern kümmern, die sie mit solchem Egoismus behandelt haben. Ein eben erwachsener Arbeiter gewöhnlicher Gattung verdient 12 Fros. (3 Thlr. 6 Sgr.) wöchentlich; eine Arbeiterin kann das Doppelte verdienen, besonders wenn sie Nähterin wird. Sehr wenig junge Frauen können ihren Namen schreiben. Man zählt unter 100 Geburten 10 uneheliche. An und für sich ist das Flechtgeschäft der Gesundheit nicht nachtheilig; die Sittlichkeit aber leidet bedeutend in solchen Fabrikreisen.

* **Spanien.** [Der Aufstand. Pareja.] Aus Bayonne wird vom 18. d., Nachmittags, telegraphirt:

Von der Spanischen Regierung am 16. Mittags veröffentlichte Depeschen lassen General Prim nach wie vor nach der Portugiesischen Grenze marschiren, geben aber zu, daß derselbe sich leicht nach Andalusien wenden könnte.

Die neuesten Depeschen aus Madrid melden, daß sich die Insurgenten am 16. d. in Zalamea, nahe der Portugiesischen Grenze befanden. Also noch immer das alte Pied: Flucht Prim's nach Portugal und noch immer nicht die Nachricht von seiner Ankunft daselbst. Aus Paris wird indessen vom 18. d. telegraphirt:

Der heutige „Abendmoniteur“ sagt, es sei möglich, daß Prim sich nach Andalusien gewendet habe, da die königlichen Truppen ihm den Weg nach Portugal verlegt haben. Die Berge der Provinz Tarragona werden von einer bewaffneten Bande durchstreift.

Auch fängt man in Paris wieder an, eine Erhebung Cataloniens in Berechnung zu ziehen, da aus Toulon, 17. Jan., telegraphirt wird, daß der Dampfer „Caton“ Befehl erhalten hat, vor Barcelona und den übrigen catalonischen Häfen zu kreuzen und sich im Nothfalle den französischen Consuln